

DREI FRAGEN AN ...



Verkehrsexperte
Günter
Emberger,
Professor
an der TU
Wien TEMPO
30/80/100 - JETZT

1 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sollen künftig leichter Tempo 30 in ihren Ortsgebieten verordnen können. Eine gute Idee?
GÜNTER EMBERGER: Das ist sicher ein guter und wichtiger Schritt in die richtige Richtung, wobei ich mich gemeinsam mit weiteren Kolleginnen und Kollegen aus dem Bereich Verkehrswissenschaft seit Langem für eine 30er-Zone im kompletten Ortsgebiet ausspreche.

2 Wie würde das aussehen?
Damit gäbe es eine Art Beweisumkehr: Generell gilt dann Tempo 30, aber wer in bestimmten Zonen Tempo 50 haben will, muss darum ansuchen und das auch argumentieren. Zudem ist es nicht ideal, dass es im Ermessen eines Ortschefs liegt, wo wie schnell gefahren werden darf.

3 Warum spricht sich die Wissenschaft für Tempo 30 aus?
Neben den bekannten ökologischen und finanziellen Vorteilen bringt eine solche Temporeduktion im Ortsgebiet auch weniger Lärm und damit eine höhere Aufenthaltsqualität in den Straßenzügen mit sich. Radfahrer können zudem mit dem Autoverkehr mit schwimmen, man würde sich also auch den kostspieligen Ausbau von Radwegen sparen. Und auch die Unfallgefahr sinkt für alle Verkehrsteilnehmer und es bräuchte auch keine verbreiterten Straßen mehr, was mehr Platz für Gehwege ermöglicht. **Christina Traar**

Bürgermeister dürfen Tempo 30 verordnen

Mehr als 200 Gemeinden hatten Erleichterungen für Geschwindigkeitsreduktionen im Ortsgebiet gefordert. Sie können künftig auch Radarkästen aufstellen.

Von Christina Traar

Ab Sommer dürften die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Land ein deutlich umfassenderes Mitspracherecht genießen, was das erlaubte Tempo auf den Straßen ihrer Städte und Gemeinden betrifft. Die Regierung hat sich auf eine Novelle der Straßenverkehrsordnung geeinigt, wonach die Ortschefs künftig deutlich leichter Tempo-30-Gebiete vor Schutzzonen wie Krankenhäusern, Schulen, Kindergärten oder Altenpflegeheimen einrichten können. Das hatten im Vorfeld bereits 283 Gemeinden und Städte gemeinsam mit dem Verkehrsclub Österreich (VCÖ) und dem Städtebund gefordert.

Im Vorjahr kamen 49 Fußgängerinnen und Fußgänger im Straßenverkehr ums Leben. Drei Viertel dieser Unfälle ereigneten sich im Ortsgebiet, wie eine Analyse des VCÖ zeigt. Umwelt- und Mobilitätsministerin Leonore Gewessler (Grüne) sprach im Anschluss an den Ministerrat deshalb von einem wichtigen Schritt, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Zu viel Verkehr sei „laut, dreckig und gefährlich“ und Tempo 50 im Ortsgebiet stelle vielfach eine Gefahr für junge und alte Fußgänger und Radfahrer dar – alle 20 Minuten werde ein Mensch bei einem Unfall im Ortsgebiet verletzt. Die Entscheidung für

30er-Zonen, die das Unfallrisiko verringern sollen, überlasse man den Orts- und Gemeindefürsorge, da diese laut Gewessler am besten wissen, wo „die sensiblen Bereiche sind“. Diese konnten bereits jetzt das Tempo reduzieren, dafür ist jedoch ein entsprechender Nachweis oder ein Gutachten erforderlich. Diese Bürokratie entfalle nun, es reiche künftig aus, dass eine Stelle „geeignet“ sei für eine Temporeduktion.

Auch Innenminister Gerhard Karner (ÖVP) verspricht sich von der Novelle ein Mehr an Verkehrssicherheit, „als Innenminister und ehemaliger Bürgermeister“ sei er erfreut. Die Ortschefs würden die Verantwortung gerne wahrnehmen, da sie über die Verkehrssituation bestens Bescheid wissen. Die Bürgermeister sollen künftig auch Geschwindigkeitsmessungen durchführen können, indem sie selbst Radarboxen in sensiblen Bereichen aufstellen. „Das wird eine Entlastung für die Exekutive bringen“, erklärt Karner. Auch Schulstraßen, die ähnlich verkehrsberuhigt wie Begegnungszonen sind, werde man künftig im jeweiligen Rathaus einrichten können.

Es gehe nicht darum, die Autofahrer im Land zu schikanieren, beeile sich Karner zu beteuern. Man wolle bewusst für mehr Sicherheit sorgen und die Zonen einsetzen, „wo es die Situation erfordert, aber nicht aus Jux und Tollerei“. Als einen ersten Schritt Richtung Tempo 100 auf der Autobahn will Karner die Novelle aber nicht verstanden wissen. Dafür gebe es „bedauerlicherweise“ keine politische Mehrheit, fügte Gewessler hinzu.

Die Gesetzesnovelle ging heute in Begutachtung, laut Gewessler solle die Tempo-30-Vereinfachung im Sommer in Kraft treten. Angesprochen auf aktuelle Neuwahlgerüchte beteuerten Karner und Gewessler, dass man noch viel vorhabe und von einem regulären Wahltermin im September ausgehe. Auch das Kuratorium für Verkehrssicherheit und der Österreichische Gemeindebund begrüßen die Neuerung. „Nun bekommen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister die rechtlichen Rahmenbedingungen, um die Verkehrssicherheit in den Gemeinden und Städten weiter zu erhöhen“, erklärten die Vizepräsidenten des Österreichischen Gemeindebundes Andrea Kaufmann und Erwin Dirnberger.



Innenminister Karner und Ministerin Gewessler

APA / ANDY WENZEL